

Antrag

der Abg. Martin Rivoir u. a. SPD

Übergang der Ausschreibungsnetze im Schienenpersonennahverkehr

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wann die Ausschreibung für die jeweiligen Lose, wann die Submission und wann die endgültige Beauftragung der neuen Anbieter stattfand;
2. welche künftigen Betreiber welche Varianten zur Finanzierung und Beschaffung der Fahrzeuge gewählt haben;
3. wie sich nach ihrem Kenntnisstand bei den verschiedenen Betreibern der Stand der Akquise von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Betrieb der jeweiligen Netze darstellt;
4. wie sich der Stand der Fahrzeugbeschaffung für den Betrieb der jeweiligen Netze darstellt, aufgeschlüsselt nach Anbietern und Fahrzeugtyp;
5. wann die Fahrzeuge für welche Netze ausgeliefert werden sollen;
6. für welche Netze ein Probetrieb stattfinden wird;
7. auf welche Weise das zuständige Verkehrsministerium die Angaben der Betreiber und die der Fahrzeughersteller zu den angegebenen Lieferterminen kontrolliert und verifiziert;
8. wann sie letztmalig ihrer jährlichen Berichtspflicht gemäß Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Straße und Schiene nachgekommen ist;
9. was die zentralen Inhalte dieser Berichte sind und wo sie veröffentlicht wurden.

08.03.2019

Rivoir, Kleinböck, Selcuk, Binder, Gall SPD

Begründung

Angesichts der gravierenden Probleme im Zuge der Ausschreibungen und Fahrzeugbeschaffung hat die Öffentlichkeit ein Recht, Informationen über die genauen Abläufe und Verfahrensstände zu erhalten. Hierzu gehört auch die Berichtspflicht gemäß der EU-Verordnung EG 1370/2007.